



18.02.2014

**Dezernat 5 - Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Abfallwirtschaft
Eigenbetrieb Abfallwirtschaft**

**Sachstandsbericht zur Umsetzung der Empfehlungen der Organisationsuntersuchung in
der Verwaltung des Amtes 54**

Beschlussvorlage

| Gremium | Sitzung am | Öffentlichkeitsstatus | Zuständigkeit |
|--------------------------|------------|-----------------------|---------------|
| Bau- und Umweltausschuss | 19.03.2014 | öffentlich | Kenntnisnahme |

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Umweltausschuss ermächtigt die Verwaltung, unter der Bedingung gleichbleibender Beibehaltungszahlen, nach Ablauf der vereinbarten Probezeit von zwei Jahren die bislang befristeten Stellen in unbefristete Stellen umzuwandeln.

Sachverhalt:

I. Rückblick:

Im Jahr 2012 ließ der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises Waldshut in Abstimmung mit dem Haupt- und Personalamt in seiner Verwaltung eine Organisationsuntersuchung durchführen und beauftragte hierfür die Rinke Unternehmensberatung.

Wesentlicher Bestandteil des Projektes war die Analyse der Geschäftsprozesse und Schnittstellen, die Erarbeitung von Optimierungsvorschlägen sowie, darauf aufbauend, Aussagen zum Personalbedarf. Der Abschlussbericht der Organisationsuntersuchung formulierte die Empfehlungen, die Außen- und Innenvollstreckung durch je eine Vollzeitkraft zu verstärken sowie die Verwaltung umzustrukturieren und dabei thematische Aufgabenbereiche und Funktionen zu sinnvollen organisatorischen Einheiten zusammenzufassen. Dies nicht zuletzt auch, um unnötige Schnittstellen zu vermeiden.

Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung stellte der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft dem Bau- und Umweltausschuss in der Sitzung vom 26.09.2012 vor. Der Ausschuss stimmte der Schaffung von zwei jeweils vorerst auf zwei Jahre befristeten Vollzeitstellen zu (je eine in der Außen- und Innenvollstreckung). Diesem Votum des Bau- und Umweltausschusses folgte der Kreistag in seiner Sitzung vom 19.12.2012 und beschloss den Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft und den darin enthaltenen Stellenplan.

II. Umsetzung der Orga-Untersuchung:

Gemäß der Beschlüsse des Bau- und Umweltausschusses und des Kreistages setzte der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft im Jahr 2013 die Empfehlungen des Abschlussberichtes zur Organisationsuntersuchung um.

Zum 01.05.2013 konnte ein weiterer Mitarbeiter für die Außenvollstreckung eingestellt werden. Mangels anderer Alternativen wurde die Umstrukturierung der Verwaltung in den bestehenden Büroräumen in der Waldtorstraße 1 vorgenommen mit dem Ergebnis, dass nun alle räumlichen Ressourcen ausgeschöpft sind.

Nach notwendigen Vorplanungen und der Bestellung benötigter neuer Büromöbel konnten die Umzüge innerhalb der Verwaltung im August 2013 erfolgen.

Hierbei wurden die Empfehlungen des Orga-Abschlussberichtes beachtet und themenverwandte Aufgabenbereiche zusammengelegt.

Beispielsweise wurde die Sperrmüllabteilung in den Servicepool integriert und eine neue Abteilung unter der Bezeichnung „Abteilung Service, Haus- und Sperrmüllabfahren/Müllgebühren“ geschaffen. In dieser Abteilung wurde ein permanent besetzter Front-Desk-Arbeitsplatz eingerichtet mit der Funktion, die Anliegen von Besuchern zu bearbeiten und somit die Mitarbeiterinnen im Back-Office zu entlasten. Der Haupteingang der Verwaltung befindet sich nun ebenfalls im Bereich dieses Front-Desks.

Räumlich zusammengelegt wurden ferner alle MitarbeiterInnen der kaufmännische Abteilung inklusive der Zwangsvollstreckung und Buchhaltung. Schließlich wurde auch der Bereich der Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit zusammengelegt

Erst ab August 2013 konnte die zweite Vollzeitstelle im Bereich der Innvollstreckung geschaffen werden und ihre Arbeit aufnehmen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Durch die oben beschriebenen Umstrukturierungen ist es gelungen, klare und eindeutige Vertretungsregelungen zu schaffen, unnötige Schnittstellen aufzulösen und die Wege innerhalb der Abteilungen kurz zu gestalten.

Leider konnte aufgrund einer längerfristigen Erkrankung der Sekretärin des Amtes 54 eine notwendige letzte Aufgabenneuordnung noch nicht vorgenommen werden. An einer Lösung wird gearbeitet.

Im Bereich der Zwangsvollstreckung konnten im Jahr 2013 folgende Ergebnisse erzielt werden:

Ogleich die zusätzliche Stelle in der Außenvollstreckung erst ab Mai 2013 und die zusätzliche Stelle in der Innvollstreckung erst ab Ende August 2013 besetzt waren, konnte der neue Außenvollstrecker bis Ende 2013 insgesamt ca. 43.000 Euro beitreiben, bei insgesamt 285 bearbeiteten Vollstreckungsaufträgen.

Die Innenvollstreckung trieb im gesamten Jahr 2013 ca. 24.000 Euro bei.

Für das gesamte Jahr 2013 hat die im Jahr 2013 in Vollzeit eingesetzte Außenvollstreckerin über 134.000 Euro beigetragen, bei insgesamt 545 bearbeiteten Vollstreckungsaufträgen.

Im ersten Teiljahr der Orga-Umstrukturierung konnten somit über 200.000 Euro beigetragen werden. Die Außenvollstreckung leistete hierzu einen Beitrag von 177.000 Euro.

An diesem guten Ergebnis war die Innvollstreckung maßgeblich dadurch beteiligt, dass sie aufgrund des Stellenzuwachses der Außenvollstreckung die Vollstreckungsaufträge zeitnah zur Verfügung stellen konnte.

Damit übersteigen die Einnahmen die Personalkosten, welche für die beiden zusätzlichen Stellen in Höhe von 90.000 € anfallen. Die Stellen sind mithin gegenfinanziert.

Die Verwaltung empfiehlt daher dem Bau- und Umweltausschuss, unter der Bedingung gleichbleibender Beitreibungszahlen, die Verwaltung zu ermächtigen, nach Ablauf der vereinbarten Probezeit von zwei Jahren die bislang befristeten Stellen in unbefristete Stellen umzuwandeln.

Sollten sich die Beitreibungszahlen wider Erwarten negativ verändern, wird die Verwaltung den Ausschuss hierüber vor Ablauf der Befristung in Kenntnis setzen.

Finanzierung:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Der zusammen mit dem Wirtschaftsplan 2013 beschlossene Stellenplan wurde eingehalten.

Bollacher
Landrat